

Vortrag Mick North aus Dunblane (Schottland)

Rathaus Winnenden, 20. Mai 2009

Ich kann das Entsetzen und die Traurigkeit kaum in Worte fassen, die ich empfand, als ich vom Amoklauf in Winnenden und Wendlingen hörte. Meine Gedanken und mein Mitgefühl sind in erster Linie die eines Mitmenschen, aber sie gingen noch tiefer, weil ich genau wusste, wie es den Betroffenen gehen würde.

Der Amoklauf ereignete sich zwei Tage vor dem dreizehnten Jahrestag des Massakers an der Grundschule im schottischen Dunblane. Meine fünfjährige Tochter Sophie war eins der 16 Kinder, die an jenem Tag getötet wurden. Auch ihre Lehrerin wurde erschossen. Sie starben alle innerhalb von drei Minuten durch die Hände eines Waffenfreundes, der die Schüsse aus einer Pistole abgab, die sich legal in seinem Besitz befand. Anschließend nahm er sich selbst das Leben. Seit jenem Tag muss ich mit den Folgen eines Amoklaufes leben.

Wie bei vielen von Ihnen, die geliebte Menschen verloren haben, war einer der ersten Gedanken der Familien in Dunblane, dass wir keinem wünschten, das durchzumachen, was uns widerfahren war. Innerhalb von ein paar Wochen hatten wir eine Kampagne für das Verbot des privaten Besitzes von Faustfeuerwaffen gestartet. Dieser Kampagne war Erfolg beschieden. 1997 wurden zwei Gesetze verabschiedet, die gewährleisten, dass es mit sehr wenigen Ausnahmen nicht mehr erlaubt ist, Faustfeuerwaffen zu besitzen. Seither hat es in Großbritannien keinen Amoklauf mehr gegeben.

Das Verbot wurde gegen erbitterte Opposition von Waffenfreunden durchgesetzt. Meiner Erfahrung nach reagiert die Waffenlobby immer auf die gleiche Art auf Amokläufe, ganz gleich, in welchem Land sie passieren. Ich kann mir vorstellen, dass Sie manche der folgenden Argumente schon gehört haben:

- Der Amoklauf war ein einmaliges Ereignis, und man kann das Verhalten von Verrückten nicht kontrollieren.
- Kurzschlussreaktionen sind sinnlos – Gesetzesänderungen dürfen nicht auf Emotionen beruhen.

- Die meisten Schützen sind gesetzestreue Bürger und würden durch schärfere Waffengesetze stigmatisiert.
- Jeder hat das Recht, eine Waffe zu besitzen.
- Nicht der Waffenbesitz ist das Problem, Schuld sind andere Dinge.

Ich möchte darstellen, wie wir solchen Argumenten entgegengetreten sind, weil sie nicht nur von den Waffenbefürwortern, sondern auch von Politikern verwendet werden, von denen viele sich nicht mit einer Waffenlobby anlegen wollen, die ihre Interessen lautstark vertritt, gut organisiert ist und über eine Menge Geld verfügt.

Mir ist wohl bewusst, dass dies nicht der erste Amoklauf an einer deutschen Schule war. Massenschießereien sind niemals einmalige Ereignisse. Sie folgen einem bestimmten Muster und kommen in zivilisierten Ländern zu häufig vor. Neun Jahre vor Dunblane hatte es in Großbritannien schon einmal einen Amoklauf in Hungerford gegeben. Trotz aller Unterschiede gab es auffällige Ähnlichkeiten mit dem in Dunblane. Die Waffen waren im legalen Besitz des Täters, der Mörder war ein fähiger Schütze und Mitglied eines Schützenvereins, und er erschoss sich im Anschluss selbst.

Obwohl die Waffengesetze in Großbritannien danach leicht verschärft wurden, wurde in Bezug auf Faustfeuerwaffen – mit einer solchen Waffe war die Hälfte der Opfer in Hungerford getötet worden – nichts unternommen. Die Waffengesetze wurden nicht gründlich überdacht, denn man argumentierte, dass die Zeit unmittelbar nach einem Amoklauf nicht der richtige Zeitpunkt dafür wäre. Das war falsch. Ich bin mir sicher, dass unsere Kinder noch leben würden, wenn damals Faustfeuerwaffen einer strengeren Kontrolle unterworfen worden wären.

Ich möchte diese wichtige Tatsache unterstreichen: Amokläufe werden meistens mit legalen Waffen ausgeführt, die für Täter, welche immer schon Interesse an Waffen gezeigt haben, leicht zugänglich sind. Wenn es auch stimmt, dass die meisten Waffenbesitzer gesetzestreue Bürger sind, bedeutet das nicht, dass wir den großen Schaden, den nur einer oder zwei von ihnen dem Rest der Gesellschaft zufügen können, entschuldigen und ignorieren dürfen. Ein allgemeines Recht auf Waffenbesitz darf es nicht geben, wenn dieses die Sicherheit unserer Gemeinschaften deutlich gefährdet.

Politiker ergeben sich zu leicht dem Argument, dass die Waffen nicht das Problem sind, dass andere Faktoren Schuld sind. Die Schuld wird dann den Hobbys des Täters zugeschoben, seine kulturellen Orientierungen. Etwa der Art Filme, die er sich anschaut, der Musik, die er hört oder den Internetseiten, die er besucht. Während diese Dinge rückblickend einen Einblick in seine Einstellung und seine Motive vermitteln können, sind sie nicht die Ursache, die ihn in die Lage versetzt hat zu töten. Auf der ganzen Welt spielen junge Männer gewalttätige Videospiele, aber nur die Menschen töten, welche Zugang zu Waffen haben. Niemand ist je von einem Videospiel getötet worden. Wenn eine gestörte Persönlichkeit leicht an Waffen herankommt, ist die Wahrscheinlichkeit größer, dass sie sie benutzen und sich an der Gesellschaft rächen wird.

Die Familien aus Dunblane beschlossen, dass unsere Kampagne eine klare Botschaft und ein klares Ziel haben musste. Waffen lassen sich nicht in zwei Kategorien aufteilen, diejenigen im legalen Besitz, die niemals missbraucht werden, und die illegalen, welche für alle bewaffneten Straftaten verantwortlich sind. Wir haben alle schmerzlich erfahren müssen, dass eine Waffe im legalen Besitz sehr wohl vom Waffenbesitzer oder einer ihm nahestehenden Person dazu benutzt werden kann, jemanden zu töten.

Unsere geliebten Kinder – wie auch Ihre – wurden mit einer Faustfeuerwaffe getötet, der Waffe, mit der in zivilisierten Ländern die meisten Morde begangen werden. Sie sind klein, leicht zu verstecken und kraftvoll, und viele Schüsse können in kurzer Zeit abgefeuert werden. Ich schlage vor, dass es eine Priorität sein muss, sich um diese Waffen zu kümmern, statt um andere wie Paintball-Pistolen, die mit Farbpatronen schießen. Ich bin zwar auch der Ansicht, dass Paintball ein unattraktives Hobby ist, das nicht zum Spaß betrieben werden sollte – aber Paintball zu verbieten, anstatt den Besitz von Faustfeuerwaffen, wird ein erneutes Massaker nicht verhindern. Es lenkt nur vom eigentlichen Problem ab.

In Großbritannien hören wir von den Gegnern eines Faustfeuerwaffen-Verbots, dass es bewaffnete Straftaten nicht unterbinden würde, dass weiterhin Menschen ermordet würden und dass Verbrecher immer an Waffen herankommen würden. Aber Amokläufer sind nicht die Menschen, die man normalerweise als Verbrecher betrachtet. Und die Familien in Dunblane haben nie behauptet, dass ein Verbot von Faustfeuerwaffen jegliche bewaffnete Straftat vermeiden würde oder jeden Tod verhindern könnte – dafür gibt es zu

viele andere Faktoren, die den Verbrechen zugrunde liegen. Aber wir waren davon überzeugt, dass es einen Unterschied machen würde. Und das hat es getan: In den letzten fünf Jahren sind bewaffnete Straftaten deutlich zurückgegangen. Im letzten Jahr wurden etwa 40 Menschen in Großbritannien mit einer Faustfeuerwaffe erschossen, die niedrigste Zahl seit mindestens 20 Jahren. Und wie ich schon sagte, seit Dunblane hat es keinen Amoklauf mehr gegeben.

Unsere Kampagne war körperlich und emotional sehr zehrend, und es gab Zeiten, da brauchten wir alle etwas Ruhe. Aber mit so vielen beteiligten Familien konnten wir die Last gemeinsam schultern, und Solidarität kann so viel erreichen.

Traurigerweise handeln Regierungen erst, wenn etwas so Schreckliches wie der Tod der von uns geliebten Menschen geschehen ist. Häufig genug bedarf es mehr als eines solchen Ereignisses. Deutschland hat schon zu viele Amokläufe in Schulen erleiden müssen. Es ist an der Zeit für Ihre Regierung zu handeln und aufzuhören so zu tun, als ob die Waffenbesitzer in der Lage wären, sich gut genug zu kontrollieren, als könnte so etwas nicht wieder passieren.

Wie in anderen entwickelten Ländern auch, waren die Schützen, die in Ihre Schulen hineingegangen sind und Unschuldige umgebracht haben, Waffenbegeisterte, Leute mit leichtem Zugang zu Waffen. In Amerika, wo das Recht eine Waffe zu besitzen, als eminent wichtig betrachtet wird, werden Amokläufe an Schulen und Universitäten fast als „normal“ betrachtet - eben der Preis, den man für ein solches Recht bezahlen muss. In Großbritannien sagen wir Nein, und ich habe das starke Gefühl, dass auch die Deutschen Nein sagen wollen. Immer da, wo öffentliche Sicherheit oberste Priorität hat, darf Waffenbesitz nicht mehr als ein Privileg sein. Der Waffenbesitz muss so kontrolliert werden, dass es den Bedürfnisse aller Rechnung trägt.

Geben Sie Ihrer Regierung keine Chance davon abzulenken. Gehen Sie sicher, dass sie sich mit dem wahren Problem auseinandersetzt – nicht mit den Pistolen, die Farbkugeln verschießen, sondern mit den Waffen, die harte Munition verschießen und töten.

Ich bin hier, weil ein tragisches Band uns miteinander verbindet. Ich wünsche Ihnen Kraft für die Zukunft und für alles, was Sie versuchen zu erreichen.

(Übersetzung: Susanne Keßler)